

Natura 2000 Brüssel verliert beim Naturschutz die Geduld mit Österreich

Wie nachhaltig geht Österreich mit seiner Natur um? – Nicht ausreichend, findet die EU-Kommission und verlangt jetzt Hunderte neue Schutzgebiete. In den Bundesländern ist die Aufregung groß.

Von **Günter Pilch** | 05.50 Uhr, 03. November 2017



Das Gebiet um die Isel ist eines der neuen Schutzgebiete in Tirol

Die Causa kocht schon seit Jahren vor sich hin, jetzt gibt es neuen Zündstoff – und zwar in Form eines Briefes aus Brüssel, der im Bundeskanzleramt eingetroffen ist. Darin geht die EU-Kommission mit dem aus Brüsseler Sicht zu laschen Natura-2000-Schutz in Österreich hart ins Gericht. Und diesmal bleibt es nicht bei der Kritik an den zu wenigen Schutzgebieten: Die Kommission verliert mit Österreich die Geduld und knallt dem Land einen 160 Seiten starken Katalog mit Forderungen für Hunderte neue Schutzgebiete auf den Tisch. Dynamit pur in der heiklen Diskussion. In zwei Wochen soll in Wien bei einer Umweltpaketsitzung zwischen Kommissionsvertretern und Vertretern der Bundesländer Tacheles geredet werden.

Seit 2013 läuft gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren, weil wichtige Schutzgüter (Pflanzen, Tiere und Landschaftstypen) nicht in Natura-2000-Gebiete integriert sind, wie Brüssel moniert. Damals legte die EU-Kommission Österreich eine Liste mit möglichen zusätzlichen Schutzgebieten vor. Aus Sorge vor einer Verurteilung samt millionenschweren Strafzahlungen reagierten die Landesregierungen und nominierten in den vergangenen Jahren etliche Gebiete aus der Liste nach. 16 neue Schutzgebiete wurden es in der Steiermark, 19 in Kärnten. Kein einfaches Unterfangen, zumal die für den Naturschutz zuständigen Landesregierungen jedes einzelne Natura-2000-Gebiet in monatelanger Kleinarbeit mit Grundstückseigentümern, Landwirten und anderen Interessensträgern abstimmen müssen, wollen sie keine größeren Konflikte riskieren.

Auf der Grundlage der jüngsten (...) Angaben stellt die Kommission fest, dass Österreich seinen Zusagen bis heute nur unvollständig nachgekommen ist.

Aus dem Schreiben der EU-Kommission

Der EU-Kommission geht das alles zu langsam und zu wenig konsequent vorstatten. Zwar erkennt Brüssel im Brief an, dass österreichweit seit 2013 insgesamt 88 neue Schutzgebiete hinzugekommen und 13 erweitert worden seien, was ein Viertelprozent der ganzen Landesfläche ausmacht. Doch viele der von der Kommission aufgelisteten Gebiete seien – anders als vereinbart – ohne Begründung unberücksichtigt geblieben. Österreich sei seinen Zusagen daher nur unvollständig nachgekommen, heißt es im Schreiben, das der Kleinen Zeitung vorliegt. Die Kommission wurde deshalb von sich aus aktiv, stellte Nachforschungen an und goss die Ergebnisse in den erwähnten 160-Seiten-Katalog mit unzähligen neuen Gebietsvorschlägen, der nun in den Landesregierungen für helle Aufregung sorgt.

LEXIKON

Natura-2000-Gebiete, auch Europaschutzgebiete genannt, müssen von allen EU-Mitgliedsstaaten auf ihren Hoheitsgebieten eingerichtet werden. Sie bilden ein europaweites Netzwerk an Schutzzonen, in denen Eingriffe nur in Einklang mit den jeweiligen Naturschutzinteressen gestattet sind. Anders als etwa in Nationalparks haben die Natura-2000-Gebiete aber nicht das Ziel, menschliche Aktivitäten komplett zu unterbinden. Was in den Gebieten erlaubt ist, hängt von den Erfordernissen des konkreten Schutzguts ab. Die Schutzgüter umfassen Tierarten wie etwa den Alpenbock, Pflanzenarten wie zum Beispiel den Kleefarn und Lebensräume wie Kastanienwälder oder Berg-Mähwiesen.

Grundlage für die Natura-2000-Gebiete sind die beiden wichtigsten Naturschutzbestimmungen der EU: die Vogelschutz-Richtlinie und die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. Sie sollen auf dem Kontinent die Lebensräume wild lebender Pflanzen und Tiere bewahren und die biologische Vielfalt erhalten. Zuständig für Auswahl und Erhalt der Schutzgebiete sind nach österreichischem Recht die Bundesländer.

Gesprächsbereitschaft bis Ablehnung

Die Reaktionen fallen unterschiedlich aus. Während Tirols Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) bei seiner harten Linie bleibt und „kein einziges weiteres Schutzgebiet“ gewähren will, kommen aus der Steiermark konziliantere Töne. „Wir müssen zuerst einmal die ursprüngliche Liste an Gebietsvorschlägen ganz abarbeiten, aber wir sind gesprächsbereit“, heißt es aus dem Büro von Umweltlandesrat Anton Lang (SPÖ). Ziel sei wie bisher der Konsens mit den betroffenen Grundstückseigentümern. Ähnlich die Position von Kärntens Umweltlandesrat Rolf Holub (Grüne). „Gebiete, die fachlich begründbar nachzunominieren sind, werden auch ausgewiesen, dazu stehen wir“, heißt es aus seinem Büro. Abzuklären gelte es allerdings noch, auf welche Weise der neue Katalog auszulegen sei, sprich: Ob tatsächlich jedes einzelne Gebiet darin als Forderung zu verstehen ist.

Der Gesprächsstoff dürfte den Landes- und Kommissionsvertretern bei der gemeinsamen Sitzung in Wien, die für 15. November anberaumt ist, also nicht so rasch ausgehen. Fix dürfte schon jetzt sein: Mit den 88 neuen Schutzgebieten in Österreich wird sich die Kommission auf keinen Fall zufriedengeben.

Link zu Originalartikel <http://www.kleinezeitung.at/lebensart/5313465/index.do>